

Beschluss des Landrats vom 21.05.2026

Nr. 1757

31. Hitzemonitoring an den kantonalen Schulen

2025/298; Protokoll: ak, bw

Landratspräsident **Reto Tschudin** (SVP) gibt bekannt, der Regierungsrat lehne das Postulat ab. Es liegt eine schriftliche Begründung vor.

Jan Kirchmayr (SP) dankt für die Stellungnahme der Baudirektion, deren Lektüre ihn aber etwas sprachlos macht. Bei den Neubauten der Sekundarschule und auch der anderen Schulen der Sekundarstufe II geht es gut voran, dort werden aktive Lüftungen und meist auch Kühlungen eingebaut. Das ist richtig und wichtig. Aber was die Bestandesbauten angeht, ist der Kanton noch völlig im Hintertreffen und im Blindflug unterwegs. Liest man die Stellungnahme des Regierungsrats, kommt man zum Schluss, dass man weiterhin im Blindflug unterwegs sein möchte, weil man sich dagegen wehrt, präzise und verlässliche Daten aus den bestehenden Gebäuden über die dort herrschenden Temperaturen zu erheben. Das ist wirklich nicht zu verstehen! In der BUD werden die Temperaturen, die in den bestehenden Schulzimmern herrschen, teils am Computer berechnet, statt sie zu messen. Wenn der Lehrerinnen- und Lehrerverein Temperaturmessungen in den Schulzimmern vornimmt und sie weitermeldet, wird er belächelt, bekommt abschlägige Antworten oder wird schlicht ignoriert. Das Ziel ist aber, dass auch in den Bestandesbauten etwas geschieht, damit in den heissen Sommermonaten – und ab nächster Woche wird es wieder 30° C, d.h. in Schulzimmern mit 24 Teenagern wird es ziemlich rasch ziemlich warm – noch sinnvoller Unterricht möglich ist. Damit man weiss, wie man dabei vorgehen soll und wo die Hotspots sind, bei denen Handeln unbedingt nötig ist, braucht es ein zuverlässiges Hitzemonitoring, das Daten liefert. Es ist unverständlich, weshalb sich der Regierungsrat dagegen wehrt und weiterhin im Blindflug unterwegs sein möchte und Handgelenk-mal-Pi irgendwelche Massnahmen ergreift. So soll es nicht weitergehen, sondern es ist nun ein Hitzemonitoring zu installieren an den Schulen, das dafür sorgt, dass es Daten gibt, auf deren Grundlage Massnahmen ergriffen werden. Deshalb soll das Postulat überwiesen werden.

Landratspräsident **Reto Tschudin** (SVP) bittet angesichts der grossen Unruhe im Saal um mehr Aufmerksamkeit. Die Gespräche sollen auf das absolute Minimum beschränkt oder draussen geführt werden.

Marc Scherrer (Die Mitte) erinnert sich daran, dass diese Diskussion schon vor etwa einem Jahr geführt wurde. Schon dann wurde festgestellt, dass in einigen der 17 Sekundarschulen Bedingungen herrschen, die schlicht unmenschlich sind. Im Sommer gibt es Schulzimmer, in denen es 30–35° C heiss ist. Dabei ist es unmöglich, einen sauberen Unterricht abzuhalten. Die Stellungnahme des Regierungsrats lautete sinngemäss, man soll dann halt einfach in den Wald gehen und dort unterrichten. Das kann wohl nicht die Antwort sein! Markus Graf sagte damals, es sei nun halt einfach so; in seinem Traktor habe er auch keine Klimaanlage. Wer diesem Thema nachgeht, weiss, dass dem nicht so ist. *[Heiterkeit]* Bauern bekommen Subvention und können sich deshalb gut ausgerüstete Traktoren leisten. So hat Markus Graf mehrere Traktoren, und diese sind mit einer Klimaanlage ausgerüstet. Das klingt lustig, ist aber im Fall der Schulen eine unsägliche Situation, wie die Lehrpersonen bestätigen. In der Stellungnahme des Regierungsrats heisst es: «Die Durchführung eines solchen Monitorings wäre mit erheblichem organisatorischem und finanziellem Aufwand verbunden» – das ist fraglich, denn Temperaturmesser kosten etwa CHF 7,95 und zeigen etwa an, wie warm es ist. Bei allem Respekt: dermassen aufwendig, finanziell und organisatorisch,

dürfte es wohl nicht sein.

Wenn das Postulat hoffentlich überwiesen wird, wäre es sehr interessant zu erfahren, was dann tatsächlich getan wird. Gar nicht gut wäre es, wenn einfach gesagt würde, sobald irgendwann in zehn Jahren eine Sanierungsmassnahme anstehe, würde etwas unternommen – das genügt nicht. Die Monitorings müssen durchgeführt werden, aber dann müssen auch Lösungen umgesetzt werden. Alle wissen: Gute Bildung ist die Basis unseres Wirtschaftssystems, und da darf nicht gespart werden. Die Mitte-Fraktion spricht sich klar für die Überweisung des Postulats aus.

Dieses Thema scheint viele zu triggern, stellt 1. Vizepräsident **Andreas Dürr** (FDP) mit Blick auf die Rednerliste fest.

Christine Frey (FDP) hat sehr gestaunt über die Stellungnahme des Regierungsrats. Darin sollte es eigentlich heissen: «Der Regierungsrat nimmt das Anliegen ernst und schickt an jede Schulleitung ein Paket mit Temperaturmessern für die Schulzimmer.» Dass der Regierungsrat das nur im Rahmen von Sanierungen von Schulhäusern überprüfen möchte, ist sehr befremdlich. Es ist bekannt, wie heiss es in den Schulhäusern ist, und abgesehen davon findet der Klimawandel einfach statt und man muss sich anpassen – nicht nur Schulen, sondern auch Spitäler und Altersheime müssten ausgerüstet werden. Es gibt ganz niederschwellige Möglichkeiten, die Zimmer vor Hitze zu schützen, z.B. mit einer Hitzeschutzfolie an den Fenstern. Das kostet nicht viel. Man könnte sogar Klimaanlage installieren und mit Strom von Photovoltaikanlagen auf dem Dach betreiben. Vor diesem Hintergrund ist nicht einzusehen, wieso man jahrelang warten soll, bis das Schulhaus XY dann einmal mit einem Sanierungsprojekt an die Reihe kommt. Niederschwellig agieren, jedes Schulzimmer mit einer Temperaturmessung ausrüsten, die Daten in eine Excel-Liste eintragen – so hätte man innert zweier Wochen eine Übersicht, und dann kann man niederschwellige Massnahmen ergreifen. Deshalb: Bitte das Postulat überweisen!

Christina Wicker (GLP) betont, der neueste Bericht des Bundesamts für Meteorologie und Klimatologie zeige auf, dass die Schweiz besonders stark vom Klimawandel betroffen sei. Es gibt verschiedene Gründe, weshalb sich unser Land stärker erwärmt als andere Länder in Mitteleuropa. Das hat mit den Landflächen zu tun; das Meer erwärmt sich weniger schnell als Land; es gibt schmelzende Gletscher, die Sonnenstrahlen wieder ins All reflektieren. Wir steuern also auch in den nächsten Jahren auf höhere Temperaturen zu, und deshalb besteht Handlungsbedarf – auch in den Schulhäusern. Es sollte deshalb ein wichtiges Anliegen sein, dieses Thema anzugehen und nicht auf die lange Bank zu schieben und zu warten, bis irgendein Schulhaus totalsaniert wird. Schon heute gibt es jährlich rund 3 Schulwochen mit Hitzetagen, und die Prognosen gehen von einer Zunahme aus. Der Alltag ist an diesen Tagen in vielen Klassenzimmern leider besorgniserregend. Temperaturen von 30° C, 35° C oder sogar mehr sind keine Einzelfälle mehr. Die Hitze staut sich in solch schlecht belüftbaren Räumen besonders, zumal wenn sich viele pubertierende Schüler nach dem Sport noch ausschwitzen – das sind schlicht keine Zustände. Die Konzentration leidet, und die Lernleistungen werden eingeschränkt. Dem sind natürlich auch Lehrpersonen ausgesetzt, darunter je nach dem auch Schwangere. Auch Leute mit chronischen Erkrankungen leiden besonders. Dabei haben doch alle ein Recht auf Gesundheitsschutz. Der Regierungsrat schreibt, es seien nur punktuell Messungen vorgenommen worden – welches die Resultate waren, steht aber nicht in der Stellungnahme. Dabei wäre das von Interesse gewesen. Es ist sinnvoll, das Postulat zu überweisen, so dass die BUD dann punktuell – nicht zwingend in allen Schulhäusern – Messungen durchführen kann und dann aktiv ist und entlastende Massnahmen einleitet. Die GLP-Fraktion ist gespalten: Ein Teil wird das Postulat überweisen, ein Teil nicht.

Michel Degen (SVP) hält es für wichtig, auf die hohen Temperaturen in den Schulhäusern zu achten. Jetzt, wo es warm wird, ist ein guter Zeitpunkt für dieses Thema. Verschiedene Massnahmen

werden umgesetzt, wie in der Bau- und Planungskommission und auch im Landrat schon mehrfach beraten wurde. Das Problem ist bekannt. Man setzt Massnahmen um, weiss um die Probleme, und bei den neuen Projekten ist Beschattung und Klimatisierung immer ein wichtiges Thema, damit das Problem nicht mehr auftreten wird. Das Thema wird aus Sicht der SVP-Fraktion schon genügend bearbeitet, es werden Massnahmen ergriffen und es braucht nicht nochmals ein zusätzliches Monitoring. Deshalb lehnt die SVP-Fraktion das Postulat ab.

Karl-Heinz Zeller (Grüne) meint, es sei gut, dass gerade betroffene Kinder auf der Tribüne sassen – aber da es Primarschüler sind, müsste die Gemeinde Reinach handeln. Nun geht es um die Sekundarschulbauten. Nach den ersten Voten schien es, alle würden das Postulat unterstützen, aber nun zeigt sich, dass dem nicht so ist, und deshalb gibt es doch noch etwas zu sagen.

Es ist toll, dass die FDP-Fraktion das Postulat unterstützt mit Verweis auf das sich verändernde Klima. Aber die Grünen wünschen sich natürlich auch, dass man die Klimaveränderung an den Wurzeln anpackt, statt einfach darauf zu reagieren. Nichtsdestotrotz unterstützt die Grüne/EVP-Fraktion den Vorstoss von Jan Kirchmayr. Denn gute Bildung braucht gute Lernvoraussetzungen. In den neuen Gebäuden ist das wie gesagt erkannt worden. Aber das Problem sind die alten Bestandesbauten. Es gibt x Beispiele. Es ist unverständlich, weshalb der Kanton nicht bereit ist, Fakten zu schaffen und Grundlagen zu erheben. Als Schulleiter in Arlesheim weiss Karl-Heinz Zeller, dass dort gestern in allen Bestandesbauten solche Messgeräte installiert wurden, damit eine Grundlage besteht für Massnahmen. Es ist nicht zu verstehen, weshalb der Regierungsrat das nicht auch tut als Basis für eine gute Umsetzungsarbeit. Das Postulat ist dringend zu unterstützen.

Thomas Eugster (FDP) hat das Postulat mitunterzeichnet, weil es schon sinnvoll wäre, wenn nicht jede Schule auf eigene Faust irgendwelche Messungen vornimmt. Eine gewisse Systematik ist wichtig. Es steht nicht beliebig viel Geld zur Verfügung, also muss man schauen, dass man sicher dort agiert, wo es am meisten Nutzen bringt, wenn die Sanierungen geplant werden. Der Regierungsrat will das Postulat nicht entgegennehmen, aber auf der anderen Seite wurde in der BPK gesagt, die BUD plane solche Messungen, und zwar mit einer gewissen Systematik – also wohl nicht in jedem Zimmer, sondern an den Hotspots. Man will also messen, insofern ist die Ablehnung nicht ganz verständlich. Deshalb kann und soll das Postulat überwiesen werden, so gibt es dann am Schluss auch einen Bericht.

Sabine Bucher (GLP) findet, das Postulat klinge gut und wichtig. Aber spricht man mit den zuständigen Personen beim Kanton darüber, wie solche Bedarfserhebungen vorgenommen und Sanierungen geplant werden, bekommt man recht schlüssige Auskünfte. Auch die Stellungnahme des Regierungsrats zeigt, dass die Verwaltung auf einem guten Weg ist und ihren Job gut macht. Die von Jan Kirchmayr verlangten Grundlagen braucht der Landrat nicht, denn es handelt sich um einen Auftrag an die Verwaltung, den diese bereits umsetzt. Deshalb lehnt ein Teil der GLP-Fraktion das Postulat ab: Sie vertraut darauf, dass die Verwaltung das jetzt schon richtig und gut umsetzt, so wie von der Regierung ausgeführt – dort, wo Hinweise bestehen auf zu hohe Hitzwerte, wird gemessen und werden Massnahmen geprüft. Das noch aufzublasen und als Landrat noch überwachen zu wollen, ist nicht nötig.

Rolf Blatter (FDP) erklärt, es gebe in der FDP-Fraktion verschiedene Meinungen. Die Mehrheit lehnt das Postulat ab und folgt den Ausführungen des Regierungsrats: Das Problem ist erkannt, und bei Neubauprojekten wird das Thema aufgegriffen mit Lüftungen und klima- und kühltechnischen Anlagen. Dass nun mit einer grossen Übung vollflächig Messungen gemacht werden sollen, scheint schlicht nicht nötig.

Jan Kirchmayr (SP) dankt für die sehr interessante Diskussion. Von Sabine Bucher war leider kein Argument zu vernehmen, dass dem Anliegen widerspricht, nun in Bestandesbauten ein Hitzemonitoring durchzuführen, und es ist sehr wohl Aufgabe des Landrats, so etwas in Auftrag zu geben. Dass man bei Sanierungen jetzt vorwärts macht, wird anerkannt. Die BPK hat dafür in den letzten fünf Jahren ziemlich Druck gemacht. Aber es ist festzustellen, dass in Bestandesbauten teilweise während 3–4 Wochen im Sommer über 30° C herrschen, und dort passiert nichts. Damit einmal etwas passieren kann, braucht es ein Hitzemonitoring. Darum geht es.

Es ist verständlich, dass die Verwaltung bremst mit Verweis auf die Sanierungsarbeiten. Aber wie Marc Scherrer es sehr gut gesagt hat, reicht das nicht. Es gibt Schulhäuser, die in den nächsten zwanzig Jahren nicht angefasst werden. Es kann nicht sein, dass man dort in den nächsten zwanzig Jahren einfach nichts unternimmt. Denn das bedeutet, dass dort in den Sommermonaten bei über 30° C grösstenteils nicht sinnvoll unterrichtet werden kann. Wie soll man 15- oder 16-jährigen Teenagern etwas beibringen, wenn es über 30° C hat? Da helfen auch die Empfehlungen des Amtes für Volksschulen à la «Geht in den Wald oder in den Keller zum Unterrichten» nicht weiter, sie sind schlicht lachhaft. Es besteht ein Bildungsauftrag, das bedeutet, dass man die Schülerinnen und Schüler bei angemessenen Temperaturen unterrichten kann. Dem gilt es gerecht zu werden, und dafür ist nun mit dem Hitzemonitoring der nächste Schritt zu unternehmen.

Claudia Brodbeck (Die Mitte) äussert sich als Oberwiler Sekundarschulrätin und unterstützt die Voten von Jan Kirchmayr und Karl-Heinz Zeller. Es ist wirklich so, dass bei den Sekundarschulen, bei denen keine Sanierung ansteht, eine Lücke beim Thema Hitzebewältigung besteht. Die Sekundarschule Oberwil moniert bereits seit längerer Zeit, dass nichts getan wird. Wenn man die Verwaltung fragt, erhält man die Antwort, die Sabine Bucher erhalten hat. Es ist auch nicht so, dass alle Sekundarschulen monitort werden müssten, sondern nur die, deren Sanierung erst in ferner Zukunft vorgesehen ist. Dort besteht wirklich Handlungsbedarf, weshalb das Postulat zu überweisen ist.

Landratspräsident **Reto Tschudin** (SVP) merkt an, dass die Sitzung einberufen worden sei, um Pendenzen abzarbeiten und die Effizienz zu steigern. Aktuell befinden sich noch fünf Sprecherinnen und Sprecher auf der Rednerliste. Es sind wiederholt ähnliche Argumente zu hören. Die Meinungen sind wohl gemacht. Der Landratspräsident bittet alle Anwesenden zu überdenken, ob wirklich jedes Votum notwendig ist. Immerhin gäbe es noch etwa 80 weitere Traktanden auf der Liste.

Margareta Bringold (GLP) macht es ganz kurz: Monitoring bedeutet messen. Es ist aber bereits bekannt, dass es in den Schulzimmern heiss ist. Man müsste also machen und nicht messen. Dieser Schritt wäre zu gehen.

Gzim Hasanaj (Grüne) hält für unbestritten, dass man etwas tun müsse. Nur zu monitoren bringt nichts. Diese Thematik zeigt einmal mehr, dass man den veränderten Bedingungen hinterherhinkt und wie langsam man eigentlich ist. Man sollte den Faktor Energie betrachten. Man lebt immer noch nach der Denkweise, dass Klimatisierung in öffentlichen Gebäuden nicht angebracht sei, weil Strom gespart werden muss. Die Bedingungen haben sich aber verändert. In dieser Zeit wird sehr viel Strom produziert. Es besteht sogar eine Überproduktion und es würde auch der Netzstabilisierung dienen, wenn dieser Strom – anstatt die Anlagen abzustellen – genutzt würde. Es besteht dringender Handlungsbedarf und hier müsste jetzt etwas gemacht werden.

Urs Schneider (SVP) ist auch der Meinung, dass etwas getan werden und nicht nur darüber gesprochen werden müsste, wie es jetzt der Fall sei. Der Regierungsrat betonte, dass er dran sei und schauen würde. Genau davor hat Urs Schneider aber Angst. Zukünftig zu schauen, bedeutet, dass die Sachlage nicht verbessert, sondern tendenziell verschlimmert wird. Es wurde gesagt, es

gebe Gebäude, die die nächsten 20 Jahre nicht mehr baulich angefasst werden sollen. Genau das ist aber das Positive an diesen Gebäuden. Mit diesen alten Gebäuden hat man in der Regel keine Temperaturprobleme. Temperaturen sind ein Problem bei Gebäuden, die nach Minergiestandard gebaut wurden, wo eine Zwangslüftung besteht und wo die Fenster nicht mehr richtig geöffnet werden können, wo also dicke, stickige Luft vorhanden ist. Mit vielen neuen Gebäuden in Pratteln gibt es nur noch Probleme und man kann fast nicht mehr darin atmen, weil die Zwangslüftung nicht richtig funktioniert.

Handeln muss man – das ist richtig. Das Monitoring, das mit dem Überweisen dieses Postulats ausgelöst wird, löst die Probleme aber leider nicht. Dazu kommt noch, dass nur von der Hälfte der Gebäude die Rede ist, in denen viele Schülerinnen und Schüler sind. Die Gebäude, für die die Gemeinden zuständig sind, werden so nicht erreicht. Gehandelt werden muss auf Kantons- und Gemeindeebene. Aber mit diesem Postulat wird nichts erreicht.

Natalie Oberholzer (Grüne) kommt auf das Unterrichten im Wald zurück. Das wurde zweimal schlechtgeredet, bietet aber eigentlich sehr viele Vorteile. Es ist kühler, frischer, kindgerechter und pädagogisch wertvoll. Aber trotzdem könnten an einem Hitzetag nicht alle Schulen des ganzen Kantons Basel-Landschaft gleichzeitig in den Wald gehen, das würde den Wald überfordern. Deshalb wird auch die Grüne/EVP-Fraktion das Postulat von Jan Kirchmayr unterstützen.

Ernst Schürch (SP) berichtet von seinem Arbeitsort, einem Schulhaus, das 1954 gebaut und vor wenigen Jahren saniert wurde. Die Situation hat sich verschlechtert, und zwar kann man die Fenster jetzt nur noch kippen, also über Nacht nicht mehr querlüften. Ab 10 Uhr morgens herrschen in diesen Schulzimmern 30 Grad und mehr. Die Reaktion der Lehrpersonen war, privat Klimageräte kaufen zu wollen, um es im Schulzimmer erträglicher zu machen. Das wurde allerdings verboten. Insofern ist das Anliegen ganz dringend. Das Postulat muss überwiesen werden. Dann kann man hinschauen und messen. Wo Handlungsbedarf besteht, kann dann auch wirklich gehandelt werden, egal, wann ein Gebäude saniert werden müsste oder nicht. In diesen bestimmten Sommerwochen muss man etwas gegen die Hitze in den Schulzimmern tun.

Christine Frey (FDP) möchte das Thema zwar nicht verlängern, doch ärgert sie dieses Thema. Im Landratssaal sitzen ganz viele Macher. Es wird sonst viel geredet, projiziert und verschoben, aber jetzt hätte man die Möglichkeit, etwas zu tun. Der Regierungsrat schreibt, er sei sich bewusst, dass in zahlreichen Bestandesbauten erhebliche Herausforderungen in Bezug auf die thermische Situation bestehen. Diesen Situationen werde im Rahmen von Sanierungs- und Unterhaltsplanungen grosse Beachtung geschenkt.

Das heisst, dass es zwei, drei, vier Jahre dauert. Es soll aber jetzt etwas getan werden. Weiter schreibt er, ein systematisches Monitoring sei nicht zielführend und sei mit erheblichem organisatorischem und finanziellem Aufwand verbunden. Im OBI gibt es CHF-3,25-Thermometer. Es ist also nicht teuer und es wäre mit gesundem Menschenverstand schnell umsetzbar. Wer noch nicht weiss, wie zu stimmen ist, soll bitte das Postulat unterstützen.

://: Mit 55:25 Stimmen wird das Postulat überwiesen.
